

Niederschrift

Gremium	Sitzung - BSS/Z003(VII)/21			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Ausschuss für Bildung, Schule und Sport	31.08.2021	Altes Rathaus Ratssaal	16:30 Uhr	18:40 Uhr

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Beschlussvorlagen
 - 3.1 Schulneubau am Universitätsplatz/Listemannstraße
BE: FB 40 DS0384/21
 - 3.2 Raum- und Funktionsprogramm für den Neubau der 5-zügigen
Gemeinschaftsschule „Thomas Mann“
BE: FB 40 DS0109/21
- 4 Informationen
 - 4.1 Sachstand Umsetzung Beschlüsse zu Kapazitätserweiterungen von
Schulen
BE: FB 40 I0066/21
 - 4.2 Maßnahmen zur Erhöhung der Schwimmbildung
BE: FB 40 I0175/21
- 5 Verschiedenes

Anwesend:

Vorsitzender

Christian Hausmann

Mitglieder des Gremiums

Jürgen Canehl

Bernd Heynemann

Dennis Jannack

Ronny Kumpf

Carola Schumann

Roland Zander

Sachkundige Einwohner/innen

Nils Falkenberg

Matthias Stübig

Geschäftsführung

Diana Dreyer

Abwesend:

Sachkundige Einwohner/innen

Katja von Hagen

 Öffentliche Sitzung

 1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende eröffnet die Sondersitzung und begrüßt die anwesenden Ausschussmitglieder, die Mitglieder der Verwaltung, die sachkundigen Einwohner, den Stadtelternrat, Herrn Rieß von der Volksstimme und Gäste der IGS „Willy Brandt“.

Der Ausschuss ist mit 7 anwesenden Stadträten beschlussfähig.

 2. Bestätigung der Tagesordnung

Der Vorsitzende regt an, die Drucksachen 0384/21 und 0109/21 sowie die Information 0066/21 gemeinsam zu behandeln, um einen wegweisenden Beschluss anzustreben.

Auf Nachfrage von **Stadtrat Heynemann** erläutert **der Vorsitzende**, dass über die DS0109/21 aus formalen Gründen heute ebenfalls abgestimmt werden muss.

Die so geänderte Tagesordnung wird bestätigt.

 3. Beschlussvorlagen

 3.1. Schulneubau am Universitätsplatz/Listemannstraße
 Vorlage: DS0384/21

Frau Stieler-Hinz bringt die Drucksache ein und bedankt sich beim Ausschuss für die Möglichkeit einer Sondersitzung in den Schulferien.

Mit der heutigen Bestätigung der Drucksache gibt es die Möglichkeit, den „gordischen Knoten“ zu zerschlagen. Der Blick darf dabei nicht auf einzelnen Stadtteilen liegen, sondern muss gesamtstädtisch sein.

Frau Richter gibt anhand einer Powerpoint-Präsentation einen Überblick. Die Präsentation wird dem Protokoll als Anlage beigefügt.

Die Verwaltung hat die Zeit genutzt, um Entscheidungsvorschläge zu erarbeiten. Sie weist darauf hin, dass beide Drucksachen aus formalen Gründen abgestimmt werden müssen. Die Drucksachen wurden dezernatsübergreifend erarbeitet. Da jetzt zu den Übergängen aktuellere Zahlen vorliegen, weichen sie etwas ab, sind aber genauer. **Frau Richter** erläutert, dass es beim Anwahlverfahren größeren Bedarf bei den IGS gibt. Die Verwaltung kommt zu dem Ergebnis, dass keine 3. IGS, sondern eine Erweiterung der IGS „W. Brandt“ auf 7 Züge am Universitätsplatz sinnvoll ist.

Der Vorsitzende macht deutlich, dass mit der Rochade von IGS „Willy Brandt“, GmS „Oskar Linke“ und FÖSG in einem Zug drei Probleme gelöst werden können - keine dritte IGS, Stärkung einer Gemeinschaftsschule mit Profil und Kosteneinsparung beim Förderschulneubau. Die Gemeinschaftsschule „Oskar Linke“, die einen Mint-Profilsschwerpunkt hat, hätte die Möglichkeit, sich kapazitär zu erweitern. Gerade im MINT-Bereich ist künftig der Fachkräftebedarf sehr groß.

Die jüngst getätigten Äußerungen einzelner Akteure in Stadtfeld, dass die IGS zu Stadtfeld gehöre, kann so nicht geteilt werden, da kein Stadtteil Anspruch auf eine IGS hat, weil diese Schulform nur gesamtstädtisch zu betrachten ist.

Stadtrat Canehl bringt einen Vorschlag für einen Änderungsantrag des BSS ein. Seine Fraktion wird dem Standort Universitätsplatz nur zustimmen, wenn der Baumbestand erhalten bleibt. Es geht um die Alleen an der Walther-Rathenau-Straße und Gustav-Adolf-Straße sowie um die Bäume an der Listemannstraße. **Frau Richter** bittet darum, Punkt 5 nicht so zu bestätigen, dass die Verwaltung das Baugrundstück schon jetzt spezifizieren soll. Dies würde zu einer Verzögerung von 4 – 6 Monaten führen. Vielmehr sollte der Auftrag, baumerhaltend zu bauen, an ein Planungsbüro gehen, welches dann auch Leitungsverläufe, Verkehr oder Baumzustand mit in die Varianten einfließen lassen kann, welche dem Stadtrat zur Entscheidung vorgelegt werden können.

Zu Punkt 11 des Änderungsantrages erklärt **Frau Richter**, dass es bei der Sanierung der GS „Schmeilstraße“ organisatorisch besser ist, wenn die Grundschule für 1 Jahr in das Ausweichquartier zieht. Die Sanierung würde sich ansonsten verlängern und würde teurer werden.

Stadtrat Zander kritisiert, dass der Änderungsantrag vorher nicht mit ihm abgestimmt wurde. Er fragt nach, ob die Untersuchung am Standort Winterhafen schon abgeschlossen ist und welche Kosten bis heute angefallen sind. **Herr Wasser** erläutert, dass die Bodenuntersuchung angeschoben wurde und dass es engen Kontakt mit dem Umweltamt bezüglich der dort lebenden Vögel gibt. Bis Ende des Jahres ist mit Kosten in Höhe von 150.000 EUR zu rechnen.

Stadtrat Canehl merkt an, dass man sich einig ist, am Winterhafen keine Schule zu errichten. Es soll einen Antrag im Rahmen des Klimaprogramms geben, die ganze Fläche des Winterhafens als Parkerweiterung zu nutzen. Er macht bezüglich des Änderungsantrages deutlich, dass es sehr wichtig ist, heute einen einvernehmlichen Beschluss zu fassen.

Stadträtin Schumann führt aus, dass ihre Fraktion noch Probleme am Universitätsplatz sieht, die zu lösen sind, z. B. Straßenbahnführung durch die Jakobstraße, Lärmsituation, Verkehrswege. Sie findet den Standort Universitätsplatz nur bedingt geeignet für eine Schule, aber ihre Fraktion würde schweren Herzens den Winterhafen aufgeben. Die Frage ist aber, wieso noch so viel Geld für die Untersuchungen dort ausgegeben werden sollen, wenn dort gar keine Schule mehr gebaut werden soll.

Herr Wasser führt aus, dass – egal was mit dem Grundstück passiert – Kampfmittel etc. analysiert werden müssen. Das trifft auch zu, wenn z. B. nur Bäume gepflanzt werden müssen.

Stadtrat Canehl möchte, dass nochmals geprüft wird, ob diese Kosten durch Fördermöglichkeiten gering gehalten werden können. **Stadtrat Zander** schließt sich dem an.

Stadtrat Kumpf teilt mit, dass seine Fraktion ausdrücklich am Standort Winterhafen festhält. Er will sich aber in Bezug auf den Punkt 12 des Änderungsantrages nicht verschließen, da es um eine Verbesserung der Beschulung in Ostelbien geht. Auch er kritisiert, dass der Änderungsantrag nicht mit ihm abgestimmt wurde.

Stadtrat Jannack findet den Standort Winterhafen für nicht geeignet für eine Schule; die Diskussion um eine andere Nutzung der Fläche ist nicht Angelegenheit des BSS. Der BSS muss die Bildung für die gesamte Stadt sicherstellen und nicht nur für einzelne Stadtteile. Der Standort Universitätsplatz ist für alle Kinder aus der gesamten Stadt sehr gut erreichbar. Die vorgelegte Drucksache ist sehr gut und es ist jetzt wichtig, den Schulbau voranzutreiben und dabei am Universitätsplatz so viele Bäume wie möglich zu erhalten.

Frau Stieler-Hinz merkt an, dass sie für den Grundsatz „kurze Beine – kurze Wege“ ist. Dies ist im Primarbereich auch sehr sinnvoll. Im weiterführenden Bereich geht es aber vorrangig um die bestmögliche Ausbildung aller Kinder. Daher kann nicht jeder Stadtteil eine eigene weiterführende Schule haben. Sie macht deutlich, dass es einen interdisziplinären Austausch mit Verwaltung, Politik und den Schulen geben muss, um voranzukommen. Zu Punkt 5 macht sie darauf aufmerksam, dass in der EW-Bau noch Varianten abgestimmt werden können.

Stadtrat Heynemann informiert, dass die CDU-Fraktion die Zustimmung zur Innenstadt geben wird.

Der Vorsitzende fasst zusammen, dass man sich auf den Kompromiss, die Schule unter größtmöglichem Erhalt der Bäume zu errichten, verständigt hat. Bezüglich der Schmeilstraße erzielt man die Einigung, dass der Verbleib der Schule während des Umbaus durch die Verwaltung geprüft werden soll.

Folgender Änderungsantrag wird zur Abstimmung gestellt:

„Es wird ein neuer Beschlusspunkt 5 eingefügt. Die fortlaufende Nummerierung der folgenden Punkte wird angepasst. Weiterhin werden Ziffer 7. NEU geändert (**Fettdruck**) und zwei neue Beschlusspunkte 11. und 12. hinzugefügt:

5. NEU: Die Schule wird unter größtmöglichem Erhalt der Bäume errichtet. Zumindest der Großbaumbestand an der Listemannstraße und die Alleebäume an der Walther-Rathenau-Straße und Gustav-Adolf-Straße werden nicht in die zu bebauende Fläche einbezogen.

7. NEUFASSUNG: ~~Die Verwaltung wird beauftragt, beim Land/Bund Fördermittel zu beantragen. Da Fördermittel nicht kurzfristig zugesagt werden können, wird der~~ **Oberbürgermeister beauftragt, die Vergabe der Bauleistungen nach Funktionalausschreibung an einen Totalunternehmer bzw. Generalübernehmer vorzunehmen.**

11. NEU: Der Oberbürgermeister wird beauftragt, zu prüfen, ob die Grundschule Schmeilstraße auch während des Umbaus der ehemaligen Gemeinschaftsschule Oskar-Linke am Standort verbleiben kann.

12. NEU: An der 2017 beschlossenen Auflösung der „Doppelschule“ aus der Gemeinschaftsschule Thomas-Mann und der GS Am Elbdamm wird festgehalten. Die Grundschule zieht aus. Dafür wird ein Ersatzneubau in Ostelbien errichtet. Es ist zeitnah vom Oberbürgermeister eine entsprechende Drucksache vorzulegen.“

Abstimmungsergebnis:

Beschlusspunkt 5. NEU:

Ja (3) Nein (2) Enthaltung (2)

Änderung Beschlusspunkt 7:

Ja (5) Nein (1) Enthaltung (1)

Beschlusspunkt 11. NEU:

Ja (4) Nein (3) Enthaltung (0)

Beschlusspunkt 12. NEU:

Ja (6) Nein (1) Enthaltung (0)

Die so geänderte Drucksache wird mit **5:0:2 Stimmen** empfohlen.

- 3.2. Raum- und Funktionsprogramm für den Neubau der 5-zügigen
Gemeinschaftsschule „Thomas Mann“
Vorlage: DS0109/21
-

Die Drucksache wird mit **0:5:2 Stimmen** nicht empfohlen.

4. Informationen

- 4.1. Sachstand Umsetzung Beschlüsse zu Kapazitätserweiterungen
von Schulen
Vorlage: I0066/21
-

Die Information wird zur Kenntnis genommen.

- 4.2. Maßnahmen zur Erhöhung der Schwimmbildung
Vorlage: I0175/21
-

Herr Matz bringt die Information ein. Ziel ist es, die durch die coronabedingte Schließung der Schwimmhallen entstandene Ausbildungsdefizit sowohl im Bereich der schulischen Schwimmbildung als auch im Bereich der Seepferdchenkurse möglichst aufzuholen. Zusätzlich wird die Umsetzung des Antrages „Schwimmunterricht schon in der Kita ermöglichen“ dargestellt.

Der Schulschwimmunterricht durch die Schulen auf Grund der aktuellen Corona-Lage konnte nur in sehr eingeschränkter Art im Schuljahr 2019/2020 (2. Halbjahr) und im Schuljahr 2020/2021 erfolgen. Aufgrund der entstandenen Defizite hatte die Verwaltung eine Umfrage bei den Grund- und Förderschulen initiiert, wie der Schwimmunterricht in der 2. bzw. 3. Klasse nachgeholt werden kann. Im Rahmen dieser wurde schnell klar, dass zusätzliche Zeiten für die Schulen zur Nachholung des Unterrichts nicht zielführend sind, da der Lehrplan als auch die Ressourcen der Schulen dies nicht zulassen.

Seitens des Landes Sachsen-Anhalt wurden finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt, die es ermöglichen sollen, das Schwimmen zu erlernen. Ziel ist es, dass die Schulen Kooperationen mit den Vereinen eingehen. Hierfür erhält der Verein eine Vergütung, z. B. für die Trainerstunde. Die Betreuung der AGs soll durch Vereine, DLRG etc. erfolgen. Für die Wasserzeiten wird die Landeshauptstadt finanzielle Aufwendungen dem Land gegenüber geltend machen.

Im Ergebnis aller Gespräche und Möglichkeiten wird die Landeshauptstadt Magdeburg zunächst für das Schuljahr 2021/22 zusätzliche Schwimmzeiten in den kommunalen Schwimmhallen für Schwimmlernkurse, Schwimmunterricht und vom Land geförderte Arbeitsgemeinschaften Schule/Verein zur Verfügung stellen. Hierfür werden Zeiten des öffentlichen Badebetriebes wochentags im Zeitraum von 14.00 - 16.00 Uhr in den Schwimmhallen Nord und Olvenstedt eingeschränkt.

Im Ergebnis der Verhandlungen mit dem NEMO wird durch die Verwaltung die Anmietung des Freizeitbades im Schuljahr 2021/22 erfolgen. Hier sollen bis zu 72 Kita-Schwimmkurse durch Mitarbeiter des NEMO außerhalb der Ferien von Montag bis Freitag im Zeitraum von 08.00 - 11.00 Uhr durchgeführt werden.

Auf die Nachfrage von **Stadträtin Schumann** informiert **Herr Matz**, dass sich bis jetzt 26 Kitas für die Kita-Schwimmkurse angemeldet haben. Stadträtin Schumann bittet um Mitteilung, welche Kitas das genau sind. Die Liste wird dem Protokoll beigelegt.

Die Information wird zur Kenntnis genommen.

5. Verschiedenes

Stadtrat Heynemann bemängelt, dass an der Grundschule „Ottersleben“ das Unkraut sehr hoch steht. **Herr Wasser** merkt an, dass der Zustand bis zur Eröffnung beseitigt wird.

Stadtrat Canehl möchte den aktuellen Stand zu den Lüftungsanlagen in den Schulen wissen. **Frau Richter** informiert, dass es keine Räume gibt, die die Erfordernisse zur Förderung durch den Bund erfüllen. Es sollen Haushaltsausgabereste für die zwei Testschulen verwendet werden, die im Finanz- und Grundstücksausschuss als Drucksache entschieden werden sollen. Bezüglich der CO₂-Ampeln muss die Richtlinie des Landes abgewartet werden; die Kosten liegen dann erwartbar über 500.000 EUR und es muss ausgeschrieben werden.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Christian Hausmann
Vorsitzender

Diana Dreyer
Schriftführerin